



## Die feigen Franzosen!

*Replik auf David Ignatius, der das „Non“ der Franzosen auf ihre – unberechtigte – Angst vor der Globalisierung zurückführt*

Die Angst vor der Globalisierung hätte die Französinen und Franzosen zum „Non“ getrieben, analysiert der Washington-Post-Kolumnist und Ex-Chefredakteur der International Herald Tribune David Ignatius, um gleich hinzuzufügen: Der globale Wettbewerb werde an Schärfe zunehmen, ob es den Menschen gefällt oder nicht. Das größte Versäumnis Chiracs hätte darin bestanden, „sein Volk über die notwendigen Veränderungen in Kenntnis zu setzen“.

Zunächst: In einer Demokratie gibt es keine „notwendigen“ wirtschaftlichen Veränderungen, dem Volk „helfen, sich anzupassen“ ist ein hässlicher, autoritärer Diskurs. Wo bleibt die Freiheit? Die Vielfalt? Die „Angst“ der Französinen und Franzosen vor dem „globalen Wettbewerb“ ist prinzipiell berechtigt. Standortkonkurrenz ist kein schicksalhaftes „Faktum“, wie Ignatius behauptet, sondern eine politische Veranstaltung, die jederzeit abgesagt oder umprogrammiert werden kann – je nach Wille des Souveräns.

Für Ignatius geht hingegen alles Recht vom Wettbewerb aus. Europa müsse noch „angepasster“, „beweglicher“ und konkurrenzfitter werden. Die „starren Arbeitsgesetze“ und die faulen Franzosen seien schuld am Kränkeln der EU. Abgesehen vom ökonomischen Unsinn, dass längere Arbeitszeiten die Produktivität erhöhen: Zu Ende gedacht würde eine chronische Verkürzung von Urlaubstagen und Mußestunden (es wird immer Standorte geben, die noch „fleißiger“ sind) zu einem 365-Arbeitstage-Jahr und zum 24-Stunden-Tag führen. Ein absurder und menschenfeindlicher Hetzlauf, bei dem alle verlieren. (Wie wäre es mit Schlafverbot für Starkolumnisten?)

Auch dass die Gewerkschaften alleinschuldig seien am europäischen Siechtum, ist Valium aus der neoliberalen Mottenkiste. Die „Schuld“ der Gewerkschaften besteht darin, dass wir über Freizeit, Urlaub, Existenz sichernde Einkommen und Pensionen verfügen. Und die von neoliberaler Seite betriebene Schwächung der Gewerkschaften zeichnet verantwortlich für sinkende Reallöhne, Sozialtransfers und öffentlichen Investitionen – und damit für die große Wirtschaftsflaute. Boomende Exporte bei schrumpfender Binnennachfrage – das ist die europäische Krankheit!

Am deutlichsten sprechen die Fakten. Seit dem EU-Beitritt vor zehn Jahren hat Österreich:

- die höchste Arbeitslosenzahl seit 1945
- steigende Armut, schon 5,9% der Bevölkerung sind laut Sozialbericht akut arm

- sinkende Durchschnittseinkommen: die Nettoreallöhne und -gehälter lagen laut Wifo 2002 um 2,8% niedriger als 1995
- langsames Wirtschaftswachstum (2,0% 1995 - 2004 gegenüber 2,7% 1985 - 1994)

Absurderweise machen neoliberale Ökonomen angesichts des Versagens ihrer Rezepte die „schlechte Stimmung“ für die Stagnation verantwortlich. Bloß: Wer hat denn die schlechte Stimmung verursacht? Wer ruft uns seit Jahren zur Lohnzurückhaltung auf, wer droht ständig mit Abwanderung, wer hat die öffentlichen Pensionen gekürzt, treibt uns zum Angstsparen für die private Pension und raubt uns die Hoffnung auf einen sicheren Arbeitsplatz? Neoliberale Politik ist ein breit angelegtes Demotivierungsprogramm. Kein Wunder, dass die Stimmung im Keller ist und die Wirtschaft im Stocken.

Die liberale Marschrichtung der EU „sichert“ eben keinen breiten Wohlstand (Ignatius), sondern untergräbt ihn. Die Angst vieler Menschen ist rational und durch Fakten untermauert. Die Mehrheit der Menschen will keine EU, die sie noch weiter in den globalen Wettbewerb hineinreißt, sondern eine, die sie davor schützt.

Wenn die EU nach innen und außen auf Kooperation setzen würde, um globale Probleme gemeinsam zu lösen – Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, Umweltzerstörung –, dann würden die BürgerInnen Schlange stehen, um zu unterschreiben (so sie gefragt werden). Wird die totale Konkurrenz dagegen in Verfassungsrang gehoben, sagt die Mehrheit zu Recht nein. Echten Anlass zum Fürchten hat hier der große Rest der Welt. Denn die EU ist dabei, alle Länder in den totalen Wettbewerb zu ziehen, zum Teil noch offensiver als die USA. Eine konstitutionell legitimierte Freihandelszone würde die wachsenden Ungleichheiten in der Welt dramatisch erhöhen. Eine EU als starker Global Player ist erst dann wünschenswert, wenn sie sich kooperativ, entwicklungsfreundlich und Konflikt verhütend verhält.

Aus demokratiepolitischer Sicht wäre es Mindeststandard, die Bevölkerung schon beim Ausarbeiten der Verfassung großflächig einzubeziehen und so zu gewinnen (nicht durch PR und Abstimmungswiederholungen) sowie einen bescheideneren Text zu formulieren, der sich auf wesentliche Ziele und Werte beschränkt. Und: dem Europäischen Parlament nicht peanuts hinschmeißen (etwas mehr Mitbestimmung), sondern Perlen (umfassendes Initiativ- und Kontrollrecht). Dann wird ein zweiter Anlauf sicher gelingen.

*Erschienen in Der Standard, 2. Juni 2005.*